

MiFID II Product Governance / target market – Solely for the purposes of each manufacturer's product approval process, the target market assessment in respect of the Notes has led to the conclusion that: (i) the target market for the Notes is eligible counterparties and professional clients, each as defined in Directive 2014/65/EU (as amended, "**MiFID II**"); and (ii) all channels for distribution to eligible counterparties and professional clients are appropriate. Any person subsequently offering, selling or recommending the Notes (a "**distributor**") should take into consideration the manufacturers' target market assessment; however, a distributor subject to MiFID II is responsible for undertaking its own target market assessment in respect of the Notes (by either adopting or refining the manufacturers' target market assessment) and determining appropriate distribution channels.

MiFID II Produktüberwachungspflichten / Zielmarkt – Die Zielmarktbestimmung im Hinblick auf die Schuldverschreibungen hat – ausschließlich für den Zweck des Produktgenehmigungsverfahrens jedes Konzepteurs – zu dem Ergebnis geführt, dass (i) der Zielmarkt für die Schuldverschreibungen geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden, jeweils im Sinne der Richtlinie 2014/65/EU (in der jeweils gültigen Fassung, "**MiFID II**"), umfasst; und (ii) alle Kanäle für den Vertrieb der Schuldverschreibungen an professionelle Investoren und geeignete Gegenparteien angemessen sind. Jede Person, die in der Folge die Schuldverschreibungen anbietet, verkauft oder empfiehlt (ein "**Vertriebsunternehmen**") soll die Beurteilung des Zielmarkts der Konzepture berücksichtigen; ein Vertriebsunternehmen, welches MiFID II unterliegt, ist indes dafür verantwortlich, seine eigene Zielmarktbestimmung im Hinblick auf die Schuldverschreibungen durchzuführen und angemessene Vertriebskanäle zu bestimmen.

In case of Notes listed on the Luxembourg Stock Exchange or publicly offered in the Grand Duchy of Luxembourg, the Final Terms will be displayed on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.luxse.com) and on the website of BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com). In case of Notes listed on any other stock exchange or publicly offered in one or more member states of the European Economic Area or the United Kingdom other than the Grand Duchy of Luxembourg, the Final Terms will be displayed on the website of BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com) and available free of charge during normal business hours at the registered office of the Issuer.

**BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische
Postsparkasse Aktiengesellschaft**

**23 February 2024
23. Februar 2024**

**Final Terms
Endgültige Bedingungen**

**EUR 750,000,000 3.125 per cent. Public Sector Covered Bonds due 27 February 2031
EUR 750.000.000 3,125 % Öffentliche Pfandbriefe fällig am 27. Februar 2031**

issued pursuant to the
begeben aufgrund des

Debt Issuance Programme

of
der

BAWAG Group AG and BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und
Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft

*BAWAG Group AG und BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und
Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft*

dated 3 April 2023
vom 3. April 2023

Issue Price: 99.302 per cent.
Ausgabepreis: 99,302 %

Issue Date: 27 February 2024
Tag der Begebung: 27. Februar 2024

Series No.: 29, Tranche: 1
Serien Nr.: 29, Tranche: 1

Important Notice

These Final Terms have been prepared for the purpose of Article 8(5) in conjunction with Article 25(4) of the Regulation (EU) 2017/1129 of the European Parliament and of the Council of 14 June 2017 on the prospectus to be published when securities are offered to the public or admitted to trading on a regulated market, as amended, and must be read in conjunction with the Debt Issuance Programme Prospectus pertaining to the Programme dated 3 April 2023 (the "**Base Prospectus**") and the supplements thereto dated 25 April 2023, 18 August 2023, 19 October 2023 and 16 February 2024. The Base Prospectus and any supplement thereto are available for viewing in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.luxse.com) and the website of BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com). Copies may be obtained from BAWAG Group AG. Full information is only available on the basis of the combination of the Base Prospectus, any supplement and these Final Terms.

Wichtiger Hinweis

*Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 8 Abs. 5 in Verbindung mit Artikel 25 Abs. 4 der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist, in der jeweils geänderten Fassung, abgefasst und sind in Verbindung mit dem Debt Issuance Programme Prospekt vom 3. April 2023 über das Programm (der "**Basisprospekt**") und den Nachträgen dazu vom 25. April 2023, 18. August 2023, 19. Oktober 2023 und 16. Februar 2024 zu lesen. Der Prospekt sowie etwaige Nachträge können in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.luxse.com) und der Internetseite der BAWAG Group AG (www.bawaggroup.com) eingesehen werden. Kopien sind erhältlich bei BAWAG Group AG. Vollständige Informationen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen, der Prospekt, etwaige Nachträge dazu zusammengekommen werden.*

Part I: Terms and Conditions
Teil I: Emissionsbedingungen

Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen

§ 1

WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, DEFINITIONEN

(1) *Währung; Stückelung.* Diese Serie von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (die "**Emittentin**") wird in EUR (die "**Festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von EUR 750.000.000 (in Worten: siebenhundertfünfzig Millionen Euro) in einer Stückelung von EUR 100.000 (die "**Festgelegte Stückelung**") begeben.

(2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.

(3) *Vorläufige Globalurkunde – Austausch.*

(a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die "**vorläufige Globalurkunde**") ohne Zinsscheine verbrieft. Die vorläufige Globalurkunde wird gegen Schuldverschreibungen in der Festgelegten Stückelung, die durch eine Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**", zusammen mit der vorläufigen Globalurkunde, die "**Globalurkunde**", und jeweils eine Globalurkunde) ohne Zinsscheine verbrieft sind, ausgetauscht. Die vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde tragen jeweils die eigenhändigen Unterschriften zweier vertretungsbefugter Personen der Emittentin und sind jeweils von der Emissionsstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

(b) Die vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der "**Austauschtag**") gegen eine Dauerglobalurkunde ausgetauscht, der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde liegt. Der Austausch tag für einen solchen Austausch soll nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde liegen. Ein solcher Austausch soll nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der durch die vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine U.S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieft Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist hinsichtlich einer jeden solchen Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt werden, diese vorläufige Globalurkunde gemäß Abs. (b) dieses § 1 (3) auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in § 4 (3) definiert) zu liefern.

(4) *Clearing System.* Die Dauerglobalurkunde wird solange von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" bedeutet jeweils folgendes: Clearstream Banking S.A., Luxemburg, ("**CBL**") und Euroclear Bank SA/NV, als Betreiberin des Euroclear Systems ("**Euroclear**") (CBL und Euroclear jeweils ein ICSD und gemeinsam die "**ICSDs**").

Die Schuldverschreibungen werden in Form einer New Global Note ("**NGN**") ausgegeben und von einem Common Safekeeper im Namen beider ICSDs verwahrt. Der Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen.

Bei jeder Rückzahlung oder jedem Kauf durch oder für die Emittentin und jeder Entwertung von Schuldverschreibungen, die durch diese Globalurkunde verbrieft werden, werden die Einzelheiten der Rückzahlung oder des Kaufs und der Entwertung von der oder für die Emittentin in den Registern der ICSDs vermerkt. Der Nennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Nennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen, und eine zu diesen Zwecken von einem ICSD jeweils ausgestellte Bestätigung mit dem Nennbetrag der so verbrieften Schuldverschreibungen ist in jedem Zeitpunkt ein schlüssiger Nachweis über den Inhalt des Registers des jeweiligen ICSD. Für das technische Verfahren der ICSDs im Falle der Ausübung einer call option hinsichtlich einer teilweisen Rückzahlung wird der ausstehende Rückzahlungsbetrag entweder als reduzierter Nennbetrag oder als Poolfaktor nach Ermessen der ICSDs in das Register der ICSDs aufgenommen.

(5) *Emissionsbedingungen*. "**Emissionsbedingungen**" bedeutet diese Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen.

(6) *Gläubiger von Schuldverschreibungen*. "**Gläubiger**" bedeutet jeder Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen treugeberischen oder eigenen Rechts an den Schuldverschreibungen.

§ 2 STATUS

(1) Die Schuldverschreibungen begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die den gleichen Rang untereinander und den gleichen Rang mit allen anderen nicht-nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus gedeckten Schuldverschreibungen desselben Deckungsstocks (wie nachstehend definiert) haben. Die Schuldverschreibungen sind gemäß dem Bundesgesetz über Pfandbriefe (Pfandbriefgesetz) BGBl. I Nr. 199/2021 idgF ("**PfandBG**") durch die Deckungswerte eines Deckungsstocks gesichert.

(2) In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des PfandBG ist die Emittentin verpflichtet, Vermögenswerte für die vorzugsweise Deckung der Ansprüche aus gedeckten Schuldverschreibungen zu bestellen. Die Schuldverschreibungen werden durch die Deckungswerte des Deckungsstocks für öffentliche Pfandbriefe der Emittentin (der "**Deckungsstock**") besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung aller durch diesen Deckungsstock besicherten gedeckten Schuldverschreibungen der Emittentin bestimmt sind. Die Höhe der durch die Vermögensobjekte bestellten Deckung muss dem PfandBG und der Satzung der Emittentin entsprechen. Die Emittentin muss die Vermögensobjekte, die zur Sicherung der Schuldverschreibungen bestellt werden, einzeln in einem Deckungsregister anführen.

§ 3 ZINSEN

(1) *Zinssatz und Zinszahlungstage*. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag verzinst, und zwar vom 27. Februar 2024 (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5 (1) definiert) (ausschließlich) mit jährlich 3,125 Prozent. Die Zinszahlung erfolgt nachträglich am 27. Februar eines jeden Jahres (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am 27. Februar 2025.

(2) *Auflaufende Zinsen*. Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Beginn des Tages, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung (ausschließlich) (ausgenommen gemäß § 5 (1a)) Zinsen zum gesetzlich festgelegten Satz für Verzugszinsen an¹.

(3) *Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen*. Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert).

(4) Zinstagequotient. "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

- (i) wenn der Zinsberechnungszeitraum gleich lang oder kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden Zinsberechnungszeitraum, geteilt durch das Produkt aus (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl von Feststellungsterminen in einem Kalenderjahr; oder
- (ii) wenn der Zinsberechnungszeitraum länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, die Summe (A) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr und (B) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen,

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt nach deutschem Recht für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutsche Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs 1, 247 Abs 1 BGB. Nach österreichischem Recht beträgt der allgemeine gesetzliche Verzugszinssatz für das Jahr 4 Prozentpunkte (§ 1333 iVm § 1000 ABGB), für Geldforderungen zwischen Unternehmern aus unternehmensbezogenen Geschäften für das Jahr 9,2 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz (§ 456 UGB) im Fall eines schuldhaften Verzugs, sonst ebenfalls 4 Prozentpunkte.

geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr.

"**Feststellungsperiode**" ist die Periode ab einem Feststellungstermin (einschließlich desselben) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich desselben).

"**Feststellungstermin**" bezeichnet den 27. Februar in jedem Jahr.

§ 4 ZAHLUNGEN

(1) (a) *Zahlungen von Kapital.* Zahlungen von Kapital auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe des § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage und (außer im Fall von Teilzahlungen) Einreichung der die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Zahlung verbriefenden Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle der Emissionsstelle außerhalb der Vereinigten Staaten.

(b) *Zahlung von Zinsen.* Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems.

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von § 4 (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1 (3)(b).

(2) *Zahlungsweise.* Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen zu leistende Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der Festgelegten Währung ist.

(3) *Vereinigte Staaten.* Für die Zwecke des § 1 (3) und des § 4 (1) bezeichnet "**Vereinigte Staaten**" die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und der Northern Mariana Islands).

(4) *Erfüllung.* Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing System oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.

(5) *Zahltag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahltag und ist nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Zahltag**" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing System und T2 zur Abwicklung von Zahlungen in Euro betriebsbereit ist. "**T2**" bezeichnet das vom Eurosystem betriebene Echtzeit-Bruttoabwicklungssystem oder ein Nachfolgesystem.

(6) *Bezugnahmen auf Kapital und Zinsen.* Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, die folgenden Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen; sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge. Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Zinsen auf Schuldverschreibungen sollen, soweit anwendbar, sämtliche gemäß § 7 zahlbaren zusätzlichen Beträge einschließen.

(7) *Hinterlegung von Kapital und Zinsen.* Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Zins- oder Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag oder, falls sich die Laufzeit der Schuldverschreibungen in Übereinstimmung mit den in § 5 (1a) enthaltenen Bestimmungen verlängert, zwölf Monate nach dem Verlängerten Fälligkeitstag (wie in § 5 (1) definiert) beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die jeweiligen Ansprüche der Gläubiger gegen die Emittentin.

§ 5 RÜCKZAHLUNG

(1) *Rückzahlung bei Endfälligkeit oder am Verlängerten Fälligkeitstag.* Soweit nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag am 27. Februar 2031 (der "**Fälligkeitstag**") oder, falls sich die Laufzeit der Schuldverschreibungen in Übereinstimmung mit den in § 5 (1a) enthaltenen Bestimmungen verlängert, an jenem Tag, der vom besonderen Verwalter (§ 86 österreichische Insolvenzordnung) als verlängerter Fälligkeitstag festgelegt wird (der "**Verlängerte Fälligkeitstag**"), zurückgezahlt. Der spätestmögliche Verlängerte Fälligkeitstag ist der 27. Februar 2032. Der "**Rückzahlungsbetrag**" in Bezug auf jede Schuldverschreibung entspricht dem Nennbetrag der Schuldverschreibungen.

Die im Folgenden verwendeten definierten Begriffe gelten nur für die Absätze (1a) ff.

(1a) *Bedingungen für eine Fälligkeitsverschiebung*

Die Fälligkeit der Schuldverschreibungen kann bei Eintritt des Objektiven Auslösenden Ereignisses einmalig um bis zu 12 Monate bis zum Verlängerten Fälligkeitstag verschoben werden.

Das "**Objektive Auslösende Ereignis**" ist eingetreten, wenn die Fälligkeitsverschiebung in der Insolvenz der Emittentin durch den besonderen Verwalter (§ 86 österreichische Insolvenzordnung) ausgelöst wird, sofern dieser zum Zeitpunkt der Fälligkeitsverschiebung überzeugt ist, dass die Verbindlichkeiten unter den Schuldverschreibungen vollständig zum Verlängerten Fälligkeitstag bedient werden können. Die Fälligkeitsverschiebung liegt nicht im Ermessen der Emittentin. Im Fall einer Fälligkeitsverschiebung wird die Emittentin die Schuldverschreibungen insgesamt und nicht teilweise am Verlängerten Fälligkeitstag zum Rückzahlungsbetrag nebst etwaigen bis zum Verlängerten Fälligkeitstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen. Der Eintritt des Objektiven Auslösenden Ereignisses ist den Gläubigern unverzüglich gemäß § 12 mitzuteilen.

Weder die Nichtzahlung des ausstehenden Gesamtnennbetrags am Fälligkeitstag noch die Fälligkeitsverschiebung stellen einen Verzugsfall der Emittentin für irgendwelche Zwecke dar oder geben einem Gläubiger das Recht, die Schuldverschreibungen zu kündigen oder andere als ausdrücklich in diesen Emissionsbedingungen vorgesehene Zahlungen zu erhalten.

Im Falle der Insolvenz oder Abwicklung der Emittentin sind Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aus den Gedeckten Schuldverschreibungen nicht Gegenstand einer automatischen vorzeitigen Fälligkeitstellung (Insolvenzferne). Die Gläubiger haben in diesen Fällen eine vorrangige Forderung auf den Kapitalbetrag sowie etwaige aufgelaufene und künftige Zinsen aus den Deckungswerten und im Insolvenzfall darüber hinaus, soweit die zuvor genannte vorrangige Forderung nicht im vollen Umfang erfüllt werden kann, eine Insolvenzforderung gegen die Emittentin.

Die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) hat als zuständige Behörde die Emission gedeckter Schuldverschreibungen sowie die Einhaltung der Vorschriften des PfandBG zu überwachen und dabei auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Kapitalmarkt Bedacht zu nehmen.

Im Falle eines Konkursverfahrens hat das Konkursgericht für die Verwaltung der vorrangigen Forderungen auf den Kapitalbetrag sowie etwaige aufgelaufene und künftige Zinsen aus den Deckungswerten (Sondermasse) unverzüglich einen besonderen Verwalter zu bestellen (§ 86 österreichische Insolvenzordnung). Der besondere Verwalter hat fällige Forderungen der Gläubiger aus der Sondermasse zu erfüllen und die dafür erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen mit Wirkung für die Sondermasse zu treffen, etwa durch Einziehung fälliger Hypothekarforderungen, Veräußerung einzelner Deckungswerte oder durch Zwischenfinanzierungen.

(1b) *Zinszahlungstage.*

(a) Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag vom Fälligkeitstag an (einschließlich) bis zum ersten Verlängerten Zinszahlungstag (ausschließlich) und danach von jedem Verlängerten Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum nächstfolgenden Verlängerten Zinszahlungstag (ausschließlich) verzinst. Zinsen auf die Schuldverschreibungen sind an jedem Verlängerten Zinszahlungstag zahlbar. Ab dem Verlängerten Fälligkeitstag (wie in § 5 (1) definiert) haben die Gläubiger gemäß diesem § 5 (1b) keinen Anspruch auf weitere Zinszahlungen.

(b) "**Verlängerter Zinszahlungstag**" bedeutet jeden 27. Februar.

Jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf den Begriff "Zinszahlungstag" in Bezug auf eine vorzeitige Rückzahlung ist so zu verstehen, dass sie eine Bezugnahme auf den Begriff "Verlängerter Zinszahlungstag" einschließt.

(c) Fällt ein Verlängerter Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, so wird der Zinszahlungstag:

auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.

Der Zinsberechnungszeitraum wird nicht angepasst.

- (d) Verlängerte Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit der Festsetzung des Verlängerten Fälligkeitstages durch den besonderen Verwalter (§ 86 der österreichischen Insolvenzordnung).

(1c) *Verlängerter Zinssatz*. Der Zinssatz (der "**Verlängerte Zinssatz**") für jede Verlängerte Zinsperiode (wie nachfolgend definiert) ist, sofern nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt wird und vorbehaltlich § 5 (1d), der Angebotsatz (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der Festgelegten Währung für die jeweilige Verlängerte Zinsperiode, der auf der Bildschirmseite am Verlängerten Zinsfestlegungstag (wie nachfolgend definiert) gegen 11:00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) angezeigt wird (der "**Verlängerte Referenzsatz**") zuzüglich der Verlängerten Marge (wie nachfolgend definiert), wobei alle Festlegungen durch die Berechnungsstelle (wie nachfolgend festgelegt) erfolgen.

"**Verlängerte Zinsperiode**" bezeichnet jeweils den Zeitraum vom Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum ersten Verlängerten Zinszahlungstag (ausschließlich) bzw. von jedem Verlängerten Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum jeweils darauffolgenden Verlängerten Zinszahlungstag (ausschließlich).

"**Verlängerter Zinsfestlegungstag**" bezeichnet den zweiten TARGET Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Verlängerten Zinsperiode. "**TARGET-Geschäftstag**" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das T2 geöffnet ist, um Zahlungen in Euro abzuwickeln. "**T2**" bezeichnet das vom Eurosystem betriebene Echtzeit-Bruttoabwicklungssystem oder ein Nachfolgesystem.

Die "**Verlängerte Marge**" beträgt 0,52 Prozent *per annum*.

"**Bildschirmseite**" bedeutet die REUTERS Bildschirmseite "EURIBOR01" oder jede Nachfolgeseite.

Sollte zu der genannten Zeit an dem betreffenden Verlängerten Zinsfestlegungstag die maßgebliche Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen oder kein Angebotsatz angezeigt werden, ist der Verlängerte Zinssatz (vorbehaltlich § 5 (1d)) an dem Verlängerten Zinsfestlegungstag gleich dem an dem letzten Tag vor dem Verlängerten Zinsfestlegungstag, an dem dieser Verlängerte Zinssatz auf der Bildschirmseite angezeigt wurde, auf der Bildschirmseite angezeigten Verlängerten Zinssatz.

(1d) *Wegfall einer Benchmark*.

- (a) *Unabhängiger Berater*. Wenn ein Benchmark Ereignis in Bezug auf einen Verlängerten Referenzsatz eintritt und ein Verlängerter Zinssatz (oder Teile davon) für eine Verlängerte Zinsperiode noch anhand dieses Verlängerten Referenzsatzes festgelegt werden muss, dann ernennt die Emittentin unter zumutbaren Bemühungen einen Unabhängigen Berater, der, sobald wie vernünftigerweise möglich, einen Nachfolgezinssatz oder anderenfalls einen Alternativzinssatz (gemäß § 5 (1d)(b)) und in beiden Fällen die Anpassungsspanne (gemäß § 5 (1d)(c)) festlegt und etwaige Benchmark Änderungen (gemäß § 5 (1d)(d)) vornimmt.

Außer im Falle von grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz, übernimmt der Unabhängige Berater keinerlei Haftung gegenüber der Emittentin, der Emissionsstelle, den Zahlstellen, der Berechnungsstelle oder den Anleihegläubigern für seine Festlegungen gemäß diesem § 5 (1d).

Wenn, vor dem zehnten Geschäftstag vor dem relevanten Verlängerten Zinsfestlegungstag, (A) die Emittentin keinen Unabhängigen Berater ernannt hat; oder (B) der ernannte Unabhängige Berater keinen Nachfolgezinssatz oder anderenfalls keinen Alternativzinssatz gemäß diesem § 5 (1d) festgelegt hat oder die Anpassungsspanne nicht festgelegt hat und/oder die Benchmark Änderungen (sofern erforderlich) nicht festgelegt hat, ist der für die unmittelbar folgende Verlängerte Zinsperiode geltende Verlängerte Referenzsatz der Verlängerte Referenzsatz, der am letzten vorhergehenden Verlängerten Zinsfestlegungstag galt. Wenn dieser § 5 (1d)(a) am ersten Verlängerten Zinsfestlegungstag vor Beginn der ersten Verlängerten Zinsperiode anzuwenden ist, ist der für die erste Zinsperiode geltende Referenzzinssatz 3,125 Prozent pro Jahr.

- (b) *Nachfolgezinssatz oder Alternativzinssatz*. Im Fall, dass der Unabhängige Berater nach billigem Ermessen bestimmt, dass: (A) es einen Nachfolgezinssatz gibt, dann ist dieser Nachfolgezinssatz (vorbehaltlich einer etwaigen Anpassung gemäß § 5 (1d)(c)) an Stelle des Verlängerten Referenzsatzes maßgeblich, um den Verlängerten Zinssatz für diese Verlängerte Zinsperiode und alle folgenden Verlängerten Zinsperioden vorbehaltlich der weiteren Anwendbarkeit dieses § 5 (1d) zu bestimmen; oder (B) es keinen Nachfolgezinssatz aber einen Alternativzinssatz gibt, dann ist dieser Alternativzinssatz (vorbehaltlich einer etwaigen Anpassung gemäß § 5 (1d)(c)) an Stelle des Verlängerten Referenzsatzes maßgeblich, um den Verlängerten Zinssatz für diese Verlängerte Zinsperiode und alle folgenden Verlängerten Zinsperioden vorbehaltlich der weiteren Anwendbarkeit dieses § 5 (1d) zu bestimmen.

- (c) *Anpassungsspanne*. Der Unabhängige Berater bestimmt nach billigem Ermessen den Betrag, die Formel oder die Methode zur Bestimmung der Anpassungsspanne, die auf den Nachfolgezinzssatz oder gegebenenfalls den Alternativzinzssatz anzuwenden ist, und diese Anpassungsspanne findet dann auf den Nachfolgezinzssatz bzw. den Alternativzinzssatz Anwendung.
- (d) *Benchmark Änderungen*. Wenn ein entsprechender Nachfolgezinzssatz oder Alternativzinzssatz und, in jedem Fall, die entsprechende Anpassungsspanne gemäß diesem § 5 (1d) festgelegt wird und der Unabhängige Berater nach billigem Ermessen (A) bestimmt, dass Änderungen hinsichtlich dieser Bedingungen notwendig sind, um die ordnungsgemäße Anwendung eines Nachfolgezinzssatzes oder Alternativzinzssatzes und, in jedem Fall, der Anpassungsspanne zu gewährleisten (diese Änderungen, die "**Benchmark Änderungen**") und (B) die Bedingungen dieser Benchmark Änderungen bestimmt, dann gelten jene Benchmark Änderungen für die Schuldverschreibungen, vorbehaltlich einer Mitteilung durch die Emittentin gemäß § 5 (1d)(e), ab dem in der Mitteilung angegebenen Zeitpunkt.
- (e) *Mitteilungen, etc.* Die Emittentin hat den Nachfolgezinzssatz oder Alternativzinzssatz, die Anpassungsspanne und die Bedingungen von Benchmark Änderungen gemäß diesem § 5 (1d) unverzüglich, aber in keinen Fall später als am zehnten Geschäftstag vor dem relevanten Verlängerten Zinsfestlegungstag, der Emissionsstelle, der Berechnungsstelle und den Zahlstellen sowie gemäß § 12 den Anleihegläubigern mitzuteilen. Eine solche Mitteilung ist unwiderruflich und hat den Tag des Inkrafttretens der Benchmark Änderung zu benennen.

Gleichzeitig mit dieser Mitteilung hat die Emittentin der Emissionsstelle einen durch zwei Unterschriftsberechtigte der Emittentin unterzeichneten Nachweis zu übergeben,

(A)

(a) der bestätigt, dass ein Benchmark Ereignis eingetreten ist,

(b) der den Nachfolgezinzssatz bzw. den Alternativzinzssatz benennt,

(c) der die Anpassungsspanne und/oder die Bedingungen der Benchmark Änderungen benennt (soweit erforderlich), und zwar jeweils bestimmt gemäß den Bestimmungen dieses § 5 (1d),

(d) der den Tag des Inkrafttretens der Benchmark Änderung benennt, und

(B) der bestätigt, dass diese Benchmark Änderungen notwendig sind, um die ordnungsgemäße Anwendung eines solchen Nachfolgezinzssatz oder Alternativzinzssatz und, in jedem Fall, der Anpassungsspanne zu gewährleisten.

Der Nachfolgezinzssatz oder Alternativzinzssatz, die Anpassungsspanne und die Benchmark Änderungen (sofern erforderlich) sind in der Form des Nachweises (mit Ausnahme von offensichtlichen Fehlern oder Bösgläubigkeit bei der Festlegung des Nachfolgezinzssatzes oder Alternativzinzssatzes, der Anpassungsspanne oder der Bedingungen der Benchmark Änderungen (sofern zutreffend)) bindend für die Emittentin, die Emissionsstelle, die Berechnungsstelle, die Zahlstellen und die Anleihegläubiger.

- (f) *Fortbestehen des Verlängerten Referenzsatzes*. Unbeschadet der Verpflichtungen der Emittentin gemäß § 5 (1d)(a), (b), (c), (d) und (e) bleiben der Verlängerte Referenzsatz und die Fallback-Regelungen in der Definition "Bildschirmseite" gemäß § 5 (1c) bis zum Eintritt eines Benchmark Ereignisses anwendbar.
- (g) *Definitionen*. Zur Verwendung in § 5 (1d):

Die "**Anpassungsspanne**", die positiv, negativ oder Null sein kann, wird in Basispunkten ausgedrückt und bezeichnet entweder die Spanne oder das Ergebnis der Anwendung der Formel oder Methode zur Berechnung der Spanne, die, (1) im Fall eines Nachfolgezinzssatzes formell im Zusammenhang mit der Ersetzung des Verlängerten Referenzsatzes durch den Nachfolgezinzssatz vom Nominierungsgremium empfohlen wird; oder (2) die (sofern keine Empfehlung abgegeben wurde oder im Fall eines Alternativzinzssatzes) auf dem internationalen Anleihekapitalmarkt (oder, alternativ, auf dem internationalen Swap-Markt) auf den Nachfolgesatz bzw. den Alternativsatz angewandt wird, um einen industrieweit akzeptierten Ersatzbenchmarksatz für den Verlängerten Referenzsatz zu erzeugen; oder (3) die (falls der Unabhängigen Berater feststellt, dass keine solche Spanne üblicherweise angewendet wird) als Industriestandard für außerbörsliche Derivatgeschäfte anerkannt oder akzeptiert ist, die sich auf den Ursprünglichen Benchmarksatz beziehen, wenn dieser Satz durch den Verlängerten Referenzsatz oder den Alternativ-Benchmarksatz (je nach Fall) ersetzt wurde.

Wenn der Unabhängige Berater keine Anpassungsspanne bestimmt, dann ist die Anpassungsspanne Null.

"**Alternativzinzssatz**" bezeichnet eine alternative Benchmark oder einen Bildschirmsatz welche der Unabhängige Berater gemäß § 5 (1d)(b) als zur Bestimmung von variablen Zinssätzen in der Festgelegten Währung (oder

entsprechenden Teilen davon) auf den internationalen Fremdkapitalmärkten (oder, alternativ, auf den internationalen Swap-Märkten) marktüblich bestimmt.

"**Benchmark Änderungen**" hat die Bedeutung wie in § 5 (1d)(d) festgelegt.

"**Benchmark Ereignis**" bezeichnet: (1) eine öffentliche Erklärung oder eine Veröffentlichung von Informationen durch oder im Namen der für den Administrator des Verlängerten Referenzsatzes zuständigen Aufsichtsbehörde vorgenommen wird, aus der hervorgeht, dass dieser Administrator die Bereitstellung des Verlängerten Referenzsatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, es sei denn, es gibt zum Zeitpunkt der Erklärung oder der Veröffentlichung einen Nachfolgeadministrator, der den Verlängerten Referenzsatz weiterhin bereitstellt; oder (2) eine öffentliche Erklärung oder eine Veröffentlichung von Informationen durch oder im Namen des Administrators des Referenzsatzes vorgenommen wird, die besagt, dass der Administrator die Bereitstellung des Verlängerten Referenzsatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, es sei denn, es gibt zum Zeitpunkt der Erklärung oder der Veröffentlichung einen Nachfolgeadministrator, der den Verlängerten Referenzsatz weiterhin bereitstellt; oder (3) die Verwendung des Verlängerten Referenzsatzes aus irgendeinem Grund nach einem Gesetz oder einer Verordnung, die in Bezug auf die Emissionsstelle, eine Zahlstelle, die Berechnungsstelle, die Emittentin oder jeden Dritten anwendbar sind, rechtswidrig geworden ist; oder (4) der Verlängerte Referenzsatz ohne vorherige offizielle Ankündigung durch die zuständige Behörde oder den Administrator dauerhaft nicht mehr veröffentlicht wird; oder (5) eine wesentliche Änderung der Methodologie des Verlängerten Referenzsatzes vorgenommen wird; oder (6) eine öffentliche Erklärung der Aufsichtsbehörde des Administrators des Verlängerten Referenzsatzes veröffentlicht wird, wonach der Verlängerte Referenzsatz ihrer Ansicht nach nicht mehr repräsentativ für den zugrundeliegenden Markt, den er zu messen vorgibt, ist oder sein wird, und keine von der Aufsichtsbehörde des Administrators des Verlängerten Referenzsatzes geforderten Maßnahmen zur Behebung einer solchen Situation ergriffen worden sind oder zu erwarten sind.

"**Geschäftstag**" bezeichnet einen Zahltag (wie in § 4(5) definiert).

"**Unabhängiger Berater**" bezeichnet ein von der Emittentin ernanntes unabhängiges Finanzinstitut mit internationalem Ansehen oder einen anderen unabhängigen Finanzberater mit Erfahrung in internationalen Kapitalmärkten wie jeweils von der Emittentin gemäß § 5 (1d)(a) bestimmt.

"**Nominierungsgremium**" bezeichnet in Bezug auf die Benchmark oder einen Bildschirmsatz: (1) die Zentralbank für die Währung in der die Benchmark oder der Bildschirmsatz dargestellt wird oder eine Zentralbank oder andere Aufsichtsbehörde, die für die Aufsicht des Administrators der Benchmark oder des Bildschirmsatzes zuständig ist; oder (2) jede Arbeitsgruppe oder Komitee gefördert durch, geführt oder mitgeführt von oder gebildet von (a) der Zentralbank für die Währung in der die Benchmark oder der Bildschirmsatz dargestellt wird, (b) einer Zentralbank oder anderen Aufsichtsbehörde, die für die Aufsicht des Administrators der Benchmark oder des Bildschirmsatzes zuständig ist, (c) einer Gruppe der zuvor genannten Zentralbanken oder anderer Aufsichtsbehörden oder (d) dem Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board) oder Teilen davon.

"**Nachfolgezinssatz**" bezeichnet einen Nachfolger oder Ersatz des Verlängerten Referenzsatzes, der formell durch das Nominierungsgremium empfohlen wurde.

- (h) Der Tag des Inkrafttretens für die Anwendung des Nachfolgezinssatzes bzw. des gemäß diesem § 5 (1d) bestimmten Alternativzinssatzes, der Anpassungsspanne und der gemäß diesem § 5 (1d) bestimmten Benchmark Änderungen (falls erforderlich) (der "**Tag des Inkrafttretens der Benchmark Änderung**") ist der Verlängerte Zinsfestlegungstag, der auf den frühesten der folgenden Tage fällt oder danach liegt:
- (A) wenn das Benchmark Ereignis aufgrund der Sätze (1) oder (2) der Definition des Begriffs "Benchmark Ereignis" eingetreten ist, der Tag der Einstellung der Veröffentlichung des Verlängerten Referenzsatzes bzw. der Einstellung des Verlängerten Referenzsatzes; oder
 - (B) den Tag des Eintritts des Benchmark-Ereignisses, wenn das Benchmark Ereignis aufgrund der Absätze (4) oder (5) der Definition des Begriffs "Benchmark-Ereignis" eingetreten ist; oder
 - (C) den Tag ab dem der Ursprüngliche Benchmarksatz nicht mehr verwendet werden darf, wenn das Benchmark Ereignis aufgrund des Absatzes (3) der Definition des Begriffs "Benchmark-Ereignis" eingetreten ist; oder
 - (D) wenn das Benchmark Ereignis aufgrund von Satz (6) der Definition des Begriffs "Benchmark Ereignis" eingetreten ist, der Tag an dem die öffentliche Erklärung abgegeben wird.
- (i) Wenn ein Benchmark-Ereignis in Bezug auf einen Nachfolgezinssatz bzw. Alternativzinssatz eintritt, gilt § 5 (1d) entsprechend für die Ersetzung dieses Nachfolgezinssatzes bzw. Alternativzinssatzes durch einen neuen Nachfolgezinssatz bzw. Alternativzinssatz. In diesem Fall gilt jeder Verweis in diesem § 5 (1d) auf den Begriff

Verlängerte Referenzzinssatz als Verweis auf den Nachfolgezinsatz bzw. Alternativzinssatz, der zuletzt angewandt wurde.

(1e) *Verlängerter Zinsbetrag*. Die Berechnungsstelle wird zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Verlängerte Zinssatz zu bestimmen ist, den Verlängerten Zinssatz bestimmen und den auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Zinsbetrag in Bezug auf die Festgelegte Stückelung (der "**Verlängerte Zinsbetrag**") für die entsprechende Verlängerte Zinsperiode berechnen. Der Verlängerte Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Verlängerte Zinssatz und der Zinstagequotient (wie nachstehend definiert) auf jede Festgelegte Stückelung angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der Festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.

(1f) *Mitteilung von Verlängerem Zinssatz und Verlängerem Zinsbetrag*. Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Verlängerte Zinssatz, der Verlängerte Zinsbetrag für die jeweilige Verlängerte Zinsperiode, die jeweilige Verlängerte Zinsperiode und der betreffende Verlängerte Zinszahlungstag der Emittentin und den Gläubigern gemäß § 12 baldmöglichst, aber keinesfalls später als am vierten auf die Berechnung jeweils folgenden TARGET-Geschäftstag (wie in § 5 (1c) definiert) sowie jeder Börse, an der die betreffenden Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, baldmöglichst, aber keinesfalls später als zu Beginn der jeweiligen Verlängerten Zinsperiode mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Verlängerten Zinsperiode können der mitgeteilte Verlängerte Zinsbetrag und Verlängerte Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind, sowie den Gläubigern gemäß § 12 mitgeteilt.

(1g) *Verbindlichkeit der Festsetzungen*. Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin bzw. der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 5 gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Emissionsstelle, die Zahlstelle und die Gläubiger bindend.

(1h) *Auflaufende Zinsen*. Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Beginn des Tages, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, fallen auf den ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ab dem Fälligkeitstag (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung (ausschließlich) Zinsen zum gesetzlich festgelegten Satz für Verzugszinsen an¹.

(1i) *Zinstagequotient*. "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

- (i) wenn der Zinsberechnungszeitraum gleich lang oder kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden Zinsberechnungszeitraum, geteilt durch das Produkt aus (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl von Feststellungsterminen in einem Kalenderjahr; oder
- (ii) wenn der Zinsberechnungszeitraum länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des Zinsberechnungszeitraumes fällt, die Summe (A) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr und (B) der Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine in einem Kalenderjahr.

"**Feststellungsperiode**" ist die Periode ab einem Feststellungstermin (einschließlich desselben) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich desselben).

"**Feststellungstermin**" bezeichnet 27. Februar in jedem Jahr.

(2) *Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen*. Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin mit einer Kündigungsfrist von nicht weniger als 30 und nicht mehr als 60 Tagen gegenüber der Emissionsstelle und gemäß § 12 gegenüber den Gläubigern vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag aufgelaufener

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt nach deutschem Recht für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutsche Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 (1), 247 (1) BGB. Nach österreichischem Recht beträgt der allgemeine gesetzliche Verzugszinssatz für das Jahr 4 Prozentpunkte (§ 1333 iVm § 1000 ABGB), für Geldforderungen zwischen Unternehmern aus unternehmensbezogenen Geschäften für das Jahr 9,2 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz (§ 456 UGB) im Fall eines schuldhaften Verzugs, sonst ebenfalls 4 Prozentpunkte.

Zinsen zurückgezahlt werden, falls die Emittentin als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften der Republik Österreich oder deren politischen Untergliederungen oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Tag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam) am nächstfolgenden Zinszahlungstag (wie in § 3 (1) definiert) zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen (wie in § 7 dieser Bedingungen definiert) verpflichtet sein wird und diese Verpflichtung nicht durch das Ergreifen vernünftiger der Emittentin zur Verfügung stehender Maßnahmen vermieden werden kann.

Eine solche Kündigung darf allerdings nicht (i) früher als 90 Tage vor dem frühestmöglichen Termin erfolgen, an dem die Emittentin verpflichtet wäre, solche zusätzlichen Beträge zu zahlen, falls eine Zahlung auf die Schuldverschreibungen dann fällig sein würde, oder (ii) erfolgen, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem die Kündigung erfolgt, die Verpflichtung zur Zahlung von zusätzlichen Beträgen nicht mehr wirksam ist.

Eine solche Kündigung hat gemäß § 12 zu erfolgen. Sie ist unwiderruflich, muss den für die Rückzahlung festgelegten Termin nennen und eine zusammenfassende Erklärung enthalten, welche die das Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt.

(3) *Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag*. Der "**vorzeitige Rückzahlungsbetrag**" einer Schuldverschreibung entspricht dem Rückzahlungsbetrag.

§ 6

DIE EMISSIONSSTELLE, DIE ZAHLSTELLE UND DIE BERECHNUNGSSTELLE

(1) *Bestellung; bezeichnete Geschäftsstelle*. Die anfänglich bestellte Emissionsstelle, die anfänglich bestellte Zahlstelle und die anfänglich bestellte Berechnungsstelle und deren jeweilige bezeichnete Geschäftsstelle lauten wie folgt:

Emissionsstelle: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Irland

Zahlstelle: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Irland

Die Emissionsstelle handelt auch als Berechnungsstelle.

Die Emissionsstelle, die Zahlstelle und die Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit ihre jeweilige bezeichnete Geschäftsstelle durch eine andere bezeichnete Geschäftsstelle zu ersetzen.

(2) *Änderung der Bestellung oder Abberufung*. Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Emissionsstelle oder einer Zahlstelle oder der Berechnungsstelle zu ändern oder zu beenden und eine andere Emissionsstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder eine andere Berechnungsstelle zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (i) eine Emissionsstelle unterhalten, (ii) solange die Schuldverschreibungen an der Luxembourg Stock Exchange notiert sind, eine Zahlstelle (die die Emissionsstelle sein kann), wobei es sich um eine Bank mit dem Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum ("**EWR**") zu handeln hat, mit bezeichneter Geschäftsstelle in Luxemburg und/oder an solchen anderen Orten unterhalten, die die Regeln dieser Börse verlangen und (iii) eine Berechnungsstelle unterhalten. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem eine solche Änderung sofort wirksam wird), sofern die Gläubiger hierüber gemäß § 12 vorab unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und nicht mehr als 45 Tagen informiert wurden.

(3) *Beauftragte der Emittentin*. Die Emissionsstelle, die Zahlstelle und die Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Gläubigern begründet.

§ 7 STEUERN

(1) Alle auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Kapital- oder Zinsbeträge sind ohne Einbehalt oder Abzug von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder in der Republik Österreich oder für deren Rechnung oder von oder für Rechnung einer politischen Untergliederung oder Steuerbehörde der oder in der Republik Österreich auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, dieser Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin diejenigen zusätzlichen Beträge (die "**zusätzlichen Beträge**") zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach diesem Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen von Kapital und Zinsen entsprechen, die ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt von den Gläubigern empfangen worden wären; die Verpflichtung zur Zahlung solcher zusätzlichen Beträge besteht jedoch nicht im Hinblick auf Steuern und Abgaben, die:

- (a) von einer als Depotbank oder Inkassobeauftragter des Gläubigers handelnden Person oder sonst auf andere Weise zu entrichten sind als dadurch, dass die Emittentin aus den von ihr zu leistenden Zahlungen von Kapital oder Zinsen einen Einbehalt oder Abzug vornimmt; oder
- (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren persönlichen oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zu der Republik Österreich zu zahlen sind, und nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in der Republik Österreich stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (c) aufgrund (i) Verordnungen oder Richtlinien der Europäischen Union betreffend die Besteuerung von Zinserträgen, oder (ii) internationaler Verträge oder Übereinkommen der Europäischen Union oder der Republik Österreich bezüglich der Besteuerung von Zinserträgen, oder (iii) den gesetzlichen Vorschriften, die derartige Richtlinien, Verordnungen oder Übereinkommen umsetzen, zurückbehalten oder abgezogen werden; oder
- (d) von einer auszahlenden Stelle einbehalten oder abgezogen werden, wenn die Zahlung von einer anderen auszahlenden Stelle ohne den Einbehalt oder Abzug hätte vorgenommen werden können; oder
- (e) wegen einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung oder wenn dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstellung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung gemäß § 12 wirksam wird.

(2) Unbeschadet sonstiger Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen, ist die Emittentin zum Einbehalt oder Abzug der Beträge berechtigt, die gemäß §§ 1471 bis 1474 des U.S. Internal Revenue Code (einschließlich dessen Änderungen oder Nachfolgevorschriften), gemäß zwischenstaatlicher Abkommen, gemäß den in einer anderen Rechtsordnung in Zusammenhang mit diesen Bestimmungen erlassenen Durchführungsvorschriften oder gemäß mit dem Internal Revenue Service geschlossenen Verträgen ("**FATCA Quellensteuer**") erforderlich sind. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, zusätzliche Beträge zu zahlen oder Gläubiger in Bezug auf FATCA Quellensteuer schadlos zu halten, die von der Emittentin, einer Zahlstelle oder von einem anderen Beteiligten als Folge davon, dass eine andere Person als die Emittentin oder deren Zahlstelle nicht zum Empfang von Zahlungen ohne FATCA Quellensteuer berechtigt ist, abgezogen oder einbehalten wurden.

§ 8 VORLEGUNGSFRIST

Vorlegungsfrist. Die in § 801 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch bestimmte Vorlegungsfrist für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt.

§ 9 KÜNDIGUNG

Die Gläubiger haben kein Recht, die Schuldverschreibungen während ihrer Laufzeit zu kündigen.

§ 10 ERSETZUNG

(1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger ein mit ihr verbundenes Unternehmen (wie unten definiert) als Hauptschuldnerin für alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen (die "**Nachfolgeschuldnerin**") einzusetzen, sofern:

- (a) die Nachfolgeschuldnerin berechtigt ist, Gedeckte Schuldverschreibungen gemäß dem österreichischen PfandBG und gemäß ihrer Satzung zu begeben;
- (b) die Nachfolgeschuldnerin alle Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen übernimmt, einschließlich aller Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Deckungsstock zur Deckung der Schuldverschreibungen in Übereinstimmung mit dem österreichischen PfandBG, und sich verpflichtet, die Emissionsbedingungen für noch ausstehende gedeckte Schuldverschreibungen nicht zu ändern;
- (c) die Emittentin und die Nachfolgeschuldnerin alle notwendigen Bewilligungen erhalten haben und in der Lage sind, sämtliche sich aus oder in dem Zusammenhang mit diesen Schuldverschreibungen ergebenden Zahlungsverpflichtungen ohne die Notwendigkeit eines Einbehalts von irgendwelchen Steuern oder Abgaben an der Quelle zu erfüllen sowie die hierzu erforderlichen Beträge ohne Beschränkungen an die Emissionsstelle in der festgelegten Währung übertragen können;
- (d) die Nachfolgeschuldnerin sich verpflichtet, jedem Gläubiger alle Steuern, Gebühren oder Abgaben zu erstatten, die ihm in Folge der Ersetzung durch die Nachfolgeschuldnerin auferlegt werden; und
- (e) der Emissionsstelle jeweils eine Bestätigung bezüglich der betroffenen Rechtsordnungen von anerkannten Rechtsanwälten vorgelegt wird, dass die Bestimmungen in den vorstehenden Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) erfüllt wurden.

(2) *Bekanntmachung.* Jede Ersetzung ist gemäß § 12 bekannt zu machen.

(3) *Änderung von Bezugnahmen.* Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat.

§ 11 BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, RÜCKKAUF UND ENTWERTUNG

(1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit vorbehaltlich der gesetzlichen Deckung ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Emissionspreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

(2) *Rückkauf.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, (i) Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und (ii) diese Schuldverschreibungen zu halten, weiterzuverkaufen oder bei der Emissionsstelle zwecks Entwertung einzureichen. Sofern diese Käufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muss dieses Angebot allen Gläubigern gemacht werden.

(3) *Entwertung.* Sämtliche vollständig zurückgezahlten Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§ 12 MITTEILUNGEN

(1) *Bekanntmachung.* Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen sind auf der Internetseite der Emittentin unter dem Link www.bawagpsk.com und auf der Internetseite der Luxemburger Börse, www.luxse.com zu veröffentlichen. Falls eine Veröffentlichung auf der Internetseite nicht möglich ist, werden die Mitteilungen in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in Luxemburg veröffentlicht.

Die Emittentin wird auch sicherstellen, dass Mitteilungen ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Erfordernissen einer jeden Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, erfolgen. Jede derartige Mitteilung gilt am Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

(2) *Mitteilungen an das Clearing System.* Die Emittentin ist berechtigt, anstelle der Veröffentlichung nach Abs.1, eine Mitteilung an das Clearing System zur Weiterleitung an die Gläubiger zu übermitteln, vorausgesetzt, die Regeln der Börse, an der die Schuldverschreibungen notiert sind, lassen diese Form der Mitteilung zu. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an das Clearing System als den Gläubigern mitgeteilt.

§ 13

ÄNDERUNG DER EMISSIONSBEDINGUNGEN, GEMEINSAMER VERTRETER

(1) *Änderung der Emissionsbedingungen.* Die Gläubiger können entsprechend den Bestimmungen des Deutschen Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen, in der geänderten Fassung (*Schuldverschreibungsgesetz – "SchVG"*) durch einen Beschluss mit der in Absatz 2 bestimmten Mehrheit über einen im SchVG zugelassenen Gegenstand eine Änderung der Emissionsbedingungen mit der Emittentin vereinbaren. Die Mehrheitsbeschlüsse der Gläubiger sind für alle Gläubiger gleichermaßen verbindlich. Ein Mehrheitsbeschluss der Gläubiger, der nicht gleiche Bedingungen für alle Gläubiger vorsieht, ist unwirksam, es sei denn die benachteiligten Gläubiger stimmen ihrer Benachteiligung ausdrücklich zu.

(2) *Mehrheitserfordernisse.* Die Gläubiger entscheiden mit einer Mehrheit von mindestens 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Beschlüsse, durch welche der wesentliche Inhalt der Emissionsbedingungen nicht geändert wird und die keinen Gegenstand der § 5 (3) Nr. 1 bis Nr. 9 des SchVG betreffen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte.

(3) *Beschlüsse der Gläubiger.* Beschlüsse der Gläubiger werden nach Wahl der Emittentin im Wege der Abstimmung ohne Versammlung nach § 18 SchVG und §§ 5 ff. SchVG oder einer Gläubigerversammlung nach §§ 5 ff. SchVG gefasst.

(4) *Leitung der Abstimmung.* Die Abstimmung wird von einem von der Emittentin beauftragten Notar oder, falls der gemeinsame Vertreter zur Abstimmung aufgefordert hat, vom gemeinsamen Vertreter geleitet.

(5) *Stimmrecht.* An Abstimmungen der Gläubiger nimmt jeder Gläubiger nach Maßgabe des Nennwerts oder des rechnerischen Anteils seiner Berechtigung an den ausstehenden Schuldverschreibungen teil.

(6) *Gemeinsamer Vertreter.* Die Gläubiger können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte einen gemeinsamen Vertreter für alle Gläubiger bestellen.

Der gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, welche ihm durch Gesetz oder von den Gläubigern durch Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die Weisungen der Gläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung von Rechten der Gläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Gläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn der Mehrheitsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der gemeinsame Vertreter den Gläubigern zu berichten. Für die Abberufung und die sonstigen Rechte und Pflichten des gemeinsamen Vertreters gelten die Vorschriften des SchVG.

§ 14

ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

(1) *Anwendbares Recht.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht und entsprechen dem österreichischen Bundesgesetz über Pfandbriefe (Pfandbriefgesetz) BGBl. I Nr. 199/2021 idgF ("**PfandBG**").

(2) *Gerichtsstand.* Nicht ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstige Verfahren ("**Rechtsstreitigkeiten**") ist das Landgericht in Frankfurt am Main.

(3) *Gerichtliche Geltendmachung.* Jeder Gläubiger von Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen: (i) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche (a) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers enthält, (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und

(c) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Clearing System eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält; und (ii) er legt eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing Systems oder des Verwahrers des Clearing Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre. Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet "**Depotbank**" jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing Systems. Unbeschadet des Vorstehenden kann jeder Gläubiger seine Rechte aus den Schuldverschreibungen auch auf jede andere Weise schützen oder geltend machen, die im Land, in dem der Prozess stattfindet, prozessual zulässig ist.

(4) *Ausschluss der Anwendbarkeit des Kuratorengesetzes.* Die Anwendbarkeit der Bestimmungen des österreichischen Kuratorengesetzes und des Kuratorenergänzungsgesetzes ist bezüglich der Schuldverschreibungen ausgeschlossen.

§ 15 SPRACHE

Diese Emissionsbedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigefügt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

* * *

Terms and Conditions of the Notes

§ 1

CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

(1) *Currency; Denomination.* This Series of notes (the "**Notes**") of BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft (the "**Issuer**") is being issued in EUR (the "**Specified Currency**") in the aggregate principal amount of EUR 750,000,000 (in words: seven hundred fifty million euro) in the denomination of EUR 100,000 (the "**Specified Denomination**").

(2) *Form.* The Notes are being issued in bearer form.

(3) *Temporary Global Note – Exchange.*

(a) The Notes are initially represented by a temporary global note (the "**Temporary Global Note**") without coupons. The Temporary Global Note will be exchangeable for Notes in the Specified Denomination represented by a permanent global note (the "**Permanent Global Note**", together with the Temporary Global Note, the "**Global Note**", and each a Global Note) without coupons. The Temporary Global Note and the Permanent Global Note shall each be signed manually by two authorised signatories of the Issuer and shall each be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent. Definitive notes and interest coupons will not be issued.

(b) The Temporary Global Note shall be exchanged for the Permanent Global Note on a date (the "**Exchange Date**") not later than 180 days after the date of issue of the Temporary Global Note. The Exchange Date for such exchange will not be earlier than 40 days after the date of issue of the Temporary Global Note. Such exchange shall only be made upon delivery of certifications to the effect that the beneficial owner or owners of the Notes represented by the Temporary Global Note is not a U.S. person (other than certain financial institutions or certain persons holding Notes through such financial institutions). Payment of interest on Notes represented by a Temporary Global Note will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Temporary Global Note will be treated as a request to exchange such Temporary Global Note pursuant to subparagraph (b) of this § 1 (3). Any securities delivered in exchange for the Temporary Global Note shall be delivered only outside of the United States (as defined in § 4 (3)).

(4) *Clearing System.* The Permanent Global Note will be kept in custody by or on behalf of the Clearing System until all obligations of the Issuer under the Notes have been satisfied. "**Clearing System**" means each of the following: Clearstream Banking S.A., Luxembourg, ("**CBL**") and Euroclear Bank SA/NV, as operator of the Euroclear System ("**Euroclear**") (CBL and Euroclear each an ICSD and together the "**ICSDs**").

The Notes are issued in new global note ("**NGN**") form and are kept in custody by a common safekeeper on behalf of both ICSDs. The principal amount of Notes represented by the Global Note shall be the aggregate amount from time to time entered in the records of both ICSDs. The records of the ICSDs (which expression means the records that each ICSD holds for its customers which reflect the amount of such customer's interest in the Notes) shall be conclusive evidence of the principal amount Notes represented by the Global Note.

On any redemption in respect of, or purchase by or on behalf of the Issuer and cancellation of, any of the Notes represented by this Global Note details of such redemption or purchase and cancellation (as the case may be) shall be entered by or on behalf of the Issuer in the records of the ICSDs. The principal amount of Notes represented by the Global Note shall be the aggregate amount from time to time entered in the records of both ICSDs. The records of the ICSDs (which expression means the records that each ICSD holds for its customers which reflect the amount of such customer's interest in the Notes) shall be conclusive evidence of the principal amount of Notes represented by the Global Note and, for these purposes, a statement issued by ICSD stating the principal amount of Notes so represented at any time shall be conclusive evidence of the records of the relevant ICSD at that time. For technical procedure of the ICSDs, in the case of the exercise of a call option relating to a partial redemption the outstanding redemption amount will be reflected in the records of the ICSDs as either a nominal reduction or as a pool factor, at the discretion of the ICSDs.

(5) *Conditions.* "**Terms and Conditions**" means these Terms and Conditions of the Notes.

(6) *Noteholder.* "**Noteholder**" means any holder of a proportionate co-ownership or other beneficial interest in the Notes.

§ 2 STATUS

(1) The obligations under the Notes constitute unsubordinated obligations of the Issuer ranking *pari passu* among themselves and *pari passu* with all other unsubordinated obligations of the Issuer present and future, under covered bonds (*gedeckte Schuldverschreibungen*) of the same Cover Pool (as defined below). The Notes are collateralised by cover assets of a cover pool pursuant to the Austrian Covered Bond Act (*Bundesgesetz über Pfandbriefe*, Federal Law Gazette I No. 199/2021 as amended – the "**PfandBG**").

(2) In accordance with the Austrian PfandBG, the Issuer is obliged to designate assets to cover the Notes and to satisfy claims arising out of these Covered Bonds (*gedeckte Schuldverschreibungen*) from the designation assets prior to other claims. The Notes are collateralised by cover assets of the Issuer's cover pool for public sector covered bonds (*Öffentliche Pfandbriefe*) (the "**Cover Pool**"), which are intended to preferentially satisfy all collateralised Notes of the Issuer covered by this Cover Pool. The level of coverage provided by such assets shall be in accordance with the Austrian PfandBG and the Issuer's Articles of Association. The Issuer is obliged to register the assets that are designated to secure the Notes separately in a cover register.

§ 3 INTEREST

(1) *Rate of Interest and Interest Payment Dates.* The Notes shall bear interest on their principal amount at the rate of 3.125 per cent. *per annum* from (and including) 27 February 2024 to (but excluding) the Maturity Date (as defined in § 5 (1)). The payment of interest shall be made in arrear on 27 February in each year (each an "**Interest Payment Date**"). The first payment of interest shall be made on 27 February 2025.

(2) *Accrual of Interest.* The Notes shall cease to bear interest as from the beginning of the day on which they are due for redemption. If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall continue to accrue on the outstanding principal amount of the Notes from (and including) the due date to (but excluding) the date of actual redemption of the Notes (except pursuant to § 5 (1a)) at the default rate of interest established by law.¹

(3) *Calculation of Interest for Partial Periods.* If interest is required to be calculated for a period of less than a full year, such interest shall be calculated on the basis of the Day Count Fraction (as defined below).

(4) *Day Count Fraction.* "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest on any Note for any period of time (the "**Calculation Period**"):

- (i) if the Calculation Period is equal to or shorter than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the number of days in such Calculation Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year; or
- (ii) if the Calculation Period is longer than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the sum of: (A) the number of days in such Calculation Period falling in the Determination Period in which the Calculation Period begins divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year and (B) the number of days in such Calculation Period falling in the next Determination Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year.

"**Determination Period**" means the period from (and including) a Determination Date to, (but excluding) the next Determination Date.

"**Determination Date**" means 27 February in each year.

¹ Under German law, the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by *Deutsche Bundesbank* from time to time, §§ 288 (1), 247 (1) German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch* – "**BGB**"). Under Austrian law, the default rate of interest is four percentage points *per annum* (§§ 1333, 1000 Austrian Civil Code – *Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch* – "**ABGB**"). Regarding monetary claims between entrepreneurs relating to entrepreneurial dealings, the default interest rate in case of a culpable default is 9.2 percentage points *per annum* above the basic rate of interest (§ 456 Austrian Commercial Code (*Unternehmensgesetzbuch* – "**UGB**")), otherwise also the default interest rate of four percentage points *per annum* applies.

§ 4 PAYMENTS

(1) (a) *Payment of Principal.* Payment of principal in respect of Notes shall be made, subject to § 4 (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and (except in the case of partial payment) surrender of the Global Note representing the Notes at the time of payment at the specified office of the Fiscal Agent outside the United States.

(b) *Payment of Interest.* Payment of interest on Notes shall be made, subject to § 4 (2) below, to the Clearing System or to its order for credit to the relevant account holders of the Clearing System.

Payment of interest on Notes represented by the Temporary Global Note shall be made, subject to § 4 (2), to the Clearing System or to its order for credit to the relevant account holders of the Clearing System, upon due certification as provided in § 1 (3)(b).

(2) *Manner of Payment.* Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Notes shall be made in the freely negotiable and convertible currency which on the respective due date is the currency of the country of the Specified Currency.

(3) *United States.* For purposes of § 1 (3) and § 4 (1), "**United States**" means the United States of America (including the States thereof and the District of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and the Northern Mariana Islands).

(4) *Discharge.* The Issuer shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System.

(5) *Payment Business Day.* If the date for payment of any amount in respect of any Notes is not a Payment Business Day, then the Noteholders shall not be entitled to payment until the next such day in the relevant place and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

"**Payment Business Day**" means any day which is a day (other than a Saturday or a Sunday) on which the Clearing System as well as T2 is open for the settlement of payments in Euro. "**T2**" means the real time gross settlement system operated by the Eurosystem, or any successor system.

(6) *References to Principal and Interest.* Reference in these Terms and Conditions to principal in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable: the Final Redemption Amount of the Notes; the Early Redemption Amount of the Notes; and any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Notes. Reference in these Terms and Conditions to interest in respect of the Notes shall be deemed to include, as applicable, any Additional Amounts which may be payable under § 7.

(7) *Deposit of Principal and Interest.* The Issuer may deposit with the Amtsgericht in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Noteholders within twelve months after the Maturity Date or, in case the maturity of the Notes is extended in accordance with the provisions set out in § 5 (1a), twelve months after the Extended Maturity Date (as defined in § 5 (1)), even though such Noteholders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Noteholders against the Issuer shall cease.

§ 5 REDEMPTION

(1) *Redemption at Maturity or the Extended Maturity Date.* Unless previously redeemed in whole or in part or purchased and cancelled, the Notes shall be redeemed at their Final Redemption Amount on 27 February 2031 (the "**Maturity Date**") or, in case the term of the Notes is extended in accordance with the provisions set out in § 5 (1a), on the day which is determined by the special administrator (§ 86 of the Austrian Insolvency Code) as extended maturity date (the "**Extended Maturity Date**"). The latest possible Extended Maturity Date is 27 February 2032. The "**Final Redemption Amount**" in respect of each Note shall be its principal amount.

The defined terms used hereinafter only apply to paragraphs (1a) *et seqq.*

(1a) *Conditions for a maturity extension.*

The maturity of the Notes may be postponed once by up to 12 months to the Extended Maturity Date upon the occurrence of the Objective Trigger Event.

The "**Objective Trigger Event**" shall have occurred if the maturity extension is triggered in the Issuer's insolvency by the special administrator (§ 86 of the Austrian Insolvency Code), provided that the special administrator is convinced at the time of the maturity extension that the liabilities under the Notes can be serviced in full on the Extended Maturity Date. The maturity extension is not at the Issuer's discretion. In the event of a maturity extension, the Issuer will redeem the Notes in whole and not in part on the Extended Maturity Date at the Final Redemption Amount together with any interest accrued to (but excluding) the Extended Maturity Date. The occurrence of the Objective Trigger Event shall be notified to the Noteholders without undue delay in accordance with § 12.

Neither the failure to pay the outstanding aggregate principal amount of the Notes on the Maturity Date nor the maturity extension shall constitute an event of default of the Issuer for any purpose or give any Noteholder any right to accelerate the Notes or to receive any payment other than as expressly set out in these Terms and Conditions.

In the event of the insolvency or resolution of the Issuer, payment obligations of the Issuer under the Covered Bonds shall not be subject to automatic acceleration and prepayment (*Insolvenzferne*). In each case, the Noteholders shall have a priority claim in relation to the principal amount and any accrued and future interest from the cover assets and in addition in case of an insolvency, to the extent that the aforementioned priority claim cannot be satisfied in full, an insolvency claim against the Issuer.

As competent authority, the Austrian Financial Market Authority (FMA) supervises the issuance of covered bonds and compliance with the provisions of the PfandBG, taking into account the national economic interest in a functioning capital market.

In case of insolvency proceedings, the bankruptcy court shall without undue delay appoint a special administrator to administer priority claims in relation to the principal amount and any accrued and future interest from the cover assets (special estate) (§ 86 of the Austrian Insolvency Code). The special administrator shall satisfy due claims of the Noteholders from the special estate and shall take the necessary administrative measures for this purpose with effect for the special estate, for example by collecting due mortgage claims, selling individual cover assets or by bridge financing.

(1b) *Interest Payment Dates.*

(a) The Notes shall bear interest on their principal amount from (and including) the Maturity Date to (but excluding) the first Extended Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Extended Interest Payment Date to (but excluding) the next following Extended Interest Payment Date. Interest on the Notes shall be payable on each Extended Interest Payment Date. The Noteholders shall not be entitled to any further interest payments as from the Extended Maturity Date (as defined in § 5 (1)) pursuant to this § 5 (1b).

(b) "**Extended Interest Payment Date**" means each 27 February.

Any reference in these Terms and Conditions to the term 'Interest Payment Date' in relation to an early redemption shall be read to include a reference to the term 'Extended Interest Payment Date'.

(c) If any Extended Interest Payment Date would otherwise fall on a day which is not a Business Day, it shall be:

postponed to the next day which is a Business Day.

The Calculation Period will be unadjusted.

(d) Extended Interest Payment Dates are subject to adjustment in accordance with the determination of the Extended Maturity Date by the special administrator (§ 86 of the Austrian Insolvency Code).

(1c) *Extended Rate of Interest.* The rate of interest (the "**Extended Rate of Interest**") for each Extended Interest Period (as defined below) will, except as provided below and subject to § 5 (1d), be the offered quotation (expressed as a percentage rate *per annum*) for deposits in the Specified Currency for that Extended Interest Period which appears on the Screen Page as of 11:00 a.m. (Brussels time) on the Extended Interest Determination Date (as defined below) (the "**Extended Reference Rate**") plus the Extended Margin (as defined below), all as determined by the Calculation Agent (as specified below).

"**Extended Interest Period**" means each period from (and including) the Maturity Date to (but excluding) the first Extended Interest Payment Date and from (and including) each Extended Interest Payment Date to (but excluding) the following Extended Interest Payment Date.

"**Extended Interest Determination Date**" means the second TARGET Business Day prior to the commencement of the relevant Extended Interest Period. "**TARGET Business Day**" means a day (other than a Saturday or a Sunday) on which

T2 is open for the settlement of payments in Euro. "T2" means the real time gross settlement system operated by the Eurosystem, or any successor system.

"Extended Margin" means 0.52 per cent. *per annum*.

"Screen Page" means REUTERS screen page "EURIBOR01" or any successor page.

If the Screen Page is not available or if no such quotation appears, in each case as at such time on the relevant Extended Interest Determination Date, subject to § 5 (1d), the Extended Rate of Interest on the Extended Interest Determination Date shall be equal to the Extended Rate of Interest as displayed on the Screen Page on the last day preceding the Extended Interest Determination Date on which such Extended Rate of Interest was displayed on the Screen Page.

(1d) *Benchmark Discontinuation.*

(a) *Independent Adviser.* If a Benchmark Event occurs in relation to an Extended Reference Rate when the Extended Rate of Interest (or any component part thereof) for any Extended Interest Period remains to be determined by reference to such Extended Reference Rate, then the Issuer shall use its reasonable endeavours to appoint an Independent Adviser, as soon as reasonably practicable, to determine a Successor Rate, failing which an Alternative Rate (in accordance with § 5 (1d)(b)) and, in either case, the Adjustment Spread (in accordance with § 5 (1d)(c)) and any Benchmark Amendments (in accordance with § 5 (1d)(d)).

In the absence of gross negligence or wilful misconduct, the Independent Adviser shall have no liability whatsoever to the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents, the Calculation Agent or the Noteholders for any determination made by it pursuant to this § 5 (1d).

If, prior to the tenth Business Day prior to the relevant Extended Interest Determination Date, (A) the Issuer has not appointed an Independent Adviser or (B) the Independent Adviser appointed by it has not determined a Successor Rate or, failing which, an Alternative Rate in accordance with this § 5 (1d) has not determined the Adjustment Spread and/or has not determined the Benchmark Amendments (if required), the Extended Reference Rate applicable to the immediate following Extended Interest Period shall be the Extended Reference Rate applicable as at the last preceding Extended Interest Determination Date. If this § 5 (1d)(a) is to be applied on the first Extended Interest Determination Date prior to the commencement of the first Extended Interest Period, the Extended Reference Rate applicable to the first Extended Interest Period shall be 3.125 per cent. *per annum*.

(b) *Successor Rate or Alternative Rate.* If the Independent Adviser determines in its reasonable discretion that: (A) there is a Successor Rate, then such Successor Rate shall (subject to adjustment as provided in § 5 (1d)(c)) subsequently be used in place of the Extended Reference Rate to determine the Extended Rate of Interest for the immediately following Extended Interest Period and all following Extended Interest Periods, subject to the subsequent operation of this § 5 (1d); or (B) there is no Successor Rate but that there is an Alternative Rate, then such Alternative Rate shall (subject to adjustment as provided in § 5 (1d)(c)) subsequently be used in place of the Extended Reference Rate to determine the Extended Rate of Interest for the immediately following Extended Interest Period and all following Extended Interest Periods, subject to the subsequent operation of this § 5 (1d).

(c) *Adjustment Spread.* The Independent Adviser shall determine in its reasonable discretion the quantum of, or a formula or methodology for determining, the Adjustment Spread that is required to be applied to the Successor Rate or the Alternative Rate (as the case may be), and such Adjustment Spread shall apply to the Successor Rate or the Alternative Rate (as the case may be).

(d) *Benchmark Amendments.* If any relevant Successor Rate or Alternative Rate and, in each case, the Adjustment Spread is determined in accordance with this § 5 (1d) and the Independent Adviser determines in its reasonable discretion (A) that amendments to these Terms and Conditions are necessary to ensure the proper operation of such Successor Rate or Alternative Rate and, in each case, the Adjustment Spread (such amendments, the "**Benchmark Amendments**") and (B) the terms of the Benchmark Amendments, then, subject to the Issuer giving notice thereof in accordance with § 5 (1d)(e), such Benchmark Amendments shall apply to the Notes with effect from the date specified in such notice.

(e) *Notices, etc.* The Issuer will notify without undue delay, but in any event not later than on the tenth Business Day prior to the relevant Extended Interest Determination Date, any Successor Rate or Alternative Rate, the Adjustment Spread and the specific terms of the Benchmark Amendments (if required), determined under this § 5 (1d) to the Fiscal Agent, the Calculation Agent, the Paying Agents and, in accordance with § 12, the Noteholders. Such notice shall be irrevocable and shall specify the Benchmark Replacement Effective Date.

Together with such notice, the Issuer shall deliver to the Fiscal Agent a certificate signed by two authorized signatories of the Issuer:

(A)

- (a) confirming that a Benchmark Event has occurred,
- (b) specifying the relevant Successor Rate, or, as the case may be, the relevant Alternative Rate,
- (c) specifying the Adjustment Spread and the specific terms of the relevant Benchmark Amendments (if required), in each case as determined in accordance with the provisions of this § 5 (1d),
- (d) specifying the Benchmark Replacement Effective Date, and

(B) certifying that any such relevant Benchmark Amendments are necessary to ensure the proper operation of such relevant Successor Rate or Alternative Rate and, in each case, the Adjustment Spread.

The Successor Rate or Alternative Rate, the Adjustment Spread and the Benchmark Amendments (if required) specified in such certificate will (in the absence of manifest error or bad faith in the determination of such Successor Rate or Alternative Rate, the Adjustment Spread and the Benchmark Amendments (if required) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Calculation Agent, the Paying Agents and the Noteholders.

- (f) *Survival of Extended Reference Rate.* Without prejudice to the obligations of the Issuer under § 5 (1d)(a), (b), (c), (d) and (e), the Extended Reference Rate and the fallback provisions provided for in the definition of the term "Screen Page" in § 5 (1c) will continue to apply unless and until a Benchmark Event has occurred.

- (g) *Definitions.* As used in this § 5 (1d):

The "**Adjustment Spread**", which may be positive, negative or zero, will be expressed in basis points and means either the spread, or the result of the operation of the formula or methodology for calculating the spread, in either case, which: (1) in the case of a Successor Rate, is formally recommended in relation to the replacement of the Extended Reference Rate with the Successor Rate by any Relevant Nominating Body; or (2) (if no such recommendation has been made, or in the case of an Alternative Rate) is applied to the Successor Rate or Alternative Rate, as applicable, in the international debt capital markets transactions (or, alternatively, the international swap markets) to produce an industry-accepted replacement reference rate for the Extended Reference Rate; or (3) is recognised or acknowledged as being the industry standard for over-the-counter derivative transactions which reference the Extended Reference Rate, where such rate has been replaced by the Successor Rate or the Alternative Rate (as the case may be).

If the Independent Adviser does not determine such Adjustment Spread, then the Adjustment Spread will be zero.

"**Alternative Rate**" means an alternative benchmark or screen rate which the Independent Adviser determines in accordance with § 5 (1d)(b) is customary in market usage in the international debt capital markets (or, alternatively, the international swap markets) for the purposes of determining floating rates of interest (or the relevant component part thereof) in the Specified Currency.

"**Benchmark Amendments**" has the meaning given to it in § 5 (1d)(d).

"**Benchmark Event**" means: (1) a public statement or publication of information by or on behalf of the regulatory supervisor of the Extended Reference Rate administrator stating that said administrator has ceased or will cease to provide the Extended Reference Rate permanently or indefinitely, unless, at the time of the statement or publication, there is a successor administrator that will continue to provide the Extended Reference Rate; or (2) a public statement or publication of information by or on behalf of the Extended Reference Rate administrator is made, stating that said administrator has ceased or will cease to provide the Extended Reference Rate permanently or indefinitely, unless, at the time of the statement or publication, there is a successor administrator that will continue to provide the Extended Reference Rate; or (3) it has become, for any reason, unlawful under any law or regulation applicable to the Fiscal Agent, any Paying Agent, the Calculation Agent, the Issuer or any other party to use the Extended Reference Rate; or (4) the Extended Reference Rate is permanently no longer published without a previous official announcement by the competent authority or the administrator; or (5) material change is made to the Extended Reference Rate methodology; or (6) a public statement by the supervisor of the Extended Reference Rate administrator is made that, in its view, the Extended Reference Rate is no longer representative, or will no longer be representative, of the underlying market it purports to measure and no action to remediate such a situation is taken or expected to be taken as required by the supervisor of the Extended Reference Rate administrator.

"**Business Day**" means a Payment Business Day (as defined in § 4(5)).

"**Independent Adviser**" means an independent financial institution of international repute or other independent financial adviser experienced in the international capital markets, in each case appointed by the Issuer under § 5 (1d)(a).

"**Relevant Nominating Body**" means, in respect of a benchmark or screen rate (as applicable): (1) the central bank for the currency to which the benchmark or screen rate (as applicable) relates, or any central bank or other supervisory authority which is responsible for supervising the administrator of the benchmark or screen rate (as applicable); or (2) any working group or committee sponsored by, chaired or co-chaired by or constituted at the request of (a) the central bank for the currency to which the benchmark or screen rate (as applicable) relates, (b) any central bank or other supervisory authority which is responsible for supervising the administrator of the benchmark or screen rate (as applicable), (c) a group of the aforementioned central banks or other supervisory authorities or (d) the Financial Stability Board or any part thereof.

"**Successor Rate**" means a successor to or replacement of the Extended Reference Rate which is formally recommended by any Relevant Nominating Body.

(h) The effective date for the application of the Successor Rate or, as the case may be, the Alternative Rate determined in accordance with this § 5 (1d), the Adjustment Spread and the Benchmark Amendments (if required) determined under this § 5 (1d) (the "**Benchmark Replacement Effective Date**") will be the Extended Interest Determination Date falling on or after the earliest of the following dates:

- (A) if the Benchmark Event has occurred as a result of clauses (1) or (2) of the definition of the term "Benchmark Event", the date of cessation of publication of the Extended Reference Rate or of the discontinuation of the Extended Reference Rate, as the case may be; or
- (B) if the Benchmark Event has occurred as a result of clauses (4) or (5) of the definition of the term "Benchmark Event", the date of the occurrence of the Benchmark Event; or
- (C) if the Benchmark Event has occurred as a result of clause (3) of the definition of the term "Benchmark Event", the date from which the prohibition applies; or
- (D) if the Benchmark Event has occurred as a result of clause (6) of the definition of the term "Benchmark Event", the date on which the statement is made.

(i) If a Benchmark Event occurs in relation to any Successor Rate or Alternative Rate, as applicable, § 5 (1d) shall apply *mutatis mutandis* to the replacement of such Successor Rate or Alternative Rate, as applicable, by any new Successor Rate or Alternative Rate, as the case may be. In this case, any reference in this § 5 (1d) to the term Extended Reference Rate shall be deemed to be a reference to the Successor Rate or Alternative Rate, as applicable, that last applied.

(1e) *Extended Interest Amount.* The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Extended Rate of Interest is to be determined, determine the Extended Rate of Interest and calculate the amount of interest (the "**Extended Interest Amount**") payable on the Notes in respect of the Specified Denomination for the relevant Extended Interest Period. Each Extended Interest Amount shall be calculated by applying the Extended Rate of Interest and the Day Count Fraction (as defined below) to each Specified Denomination and rounding the resultant figure to the nearest unit of the Specified Currency, with 0.5 of such unit being rounded upwards.

(1f) *Notification of Extended Rate of Interest and Extended Interest Amount.* The Calculation Agent will cause the Extended Rate of Interest, each Extended Interest Amount for each Extended Interest Period, each Extended Interest Period and the relevant Extended Interest Payment Date to be notified to the Issuer and to the Noteholders in accordance with § 12 as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth TARGET Business Day (as defined in § 5 (1c)) thereafter and, if required by the rules of any stock exchange on which the Notes are from time to time listed, to such stock exchange, as soon as possible after their determination, but in no event later than the first day of the relevant Extended Interest Period. Each Extended Interest Amount and Extended Interest Payment Date so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the Extended Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any stock exchange on which the Notes are then listed and to the Noteholders in accordance with § 12.

(1g) *Determinations Binding.* All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 5 by the Issuer or, where applicable, the Calculation Agent shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agent and the Noteholders.

(1h) *Accrual of Interest.* The Notes shall cease to bear interest from the beginning of the day on which they are due for redemption. If the Issuer shall fail to redeem the Notes when due, interest shall continue to accrue on the outstanding

principal amount of the Notes from (and including) the due date to (but excluding) the date of actual redemption of the Notes at the default rate of interest established by law¹.

(1i) *Day Count Fraction*. "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest on any Note for any period of time (the "**Calculation Period**"):

- (i) if the Calculation Period is equal to or shorter than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the number of days in such Calculation Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year; or
- (ii) if the Calculation Period is longer than the Determination Period during which the Calculation Period ends, the sum of: (A) the number of days in such Calculation Period falling in the Determination Period in which the Calculation Period begins divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year and (B) the number of days in such Calculation Period falling in the next Determination Period divided by the product of (1) the number of days in such Determination Period and (2) the number of Determination Dates that would occur in one calendar year.

"**Determination Period**" means the period from (and including) a Determination Date to, (but excluding) the next Determination Date.

"**Determination Date**" means 27 February in each year.

(2) *Early Redemption for Reasons of Taxation*. If as a result of any change in, or amendment to, the laws or regulations of the Republic of Austria or any political subdivision or taxing authority thereto or therein affecting taxation or the obligation to pay duties of any kind, or any change in, or amendment to, an official interpretation or application of such laws or regulations, which amendment or change is effective on or after the date on which the last Tranche of this series of Notes was issued, the Issuer is required to pay Additional Amounts (as defined in § 7 herein) on the next succeeding Interest Payment Date (as defined in § 3 (1)), and this obligation cannot be avoided by the use of reasonable measures available to the Issuer, the Notes may be redeemed, in whole but not in part, at the option of the Issuer, upon not more than 60 days' nor less than 30 days' prior notice of redemption given to the Fiscal Agent and, in accordance with § 12 to the Noteholders, at their Early Redemption Amount (as defined below), together with interest (if any) accrued to the date fixed for redemption.

However, no such notice of redemption may be given (i) earlier than 90 days prior to the earliest date on which the Issuer would be obligated to pay such Additional Amounts were a payment in respect of the Notes then due, or (ii) if at the time such notice is given, such obligation to pay such Additional Amounts or make such deduction or withholding does not remain in effect.

Any such notice shall be given in accordance with § 12. It shall be irrevocable, must specify the date fixed for redemption and must set forth a statement in summary form of the facts constituting the basis for the right of the Issuer so to redeem.

(3) *Early Redemption Amount*. The "**Early Redemption Amount**" of a Note shall be its Final Redemption Amount.

§ 6

FISCAL AGENT, PAYING AGENT AND CALCULATION AGENT

(1) *Appointment; Specified Offices*. The initial Fiscal Agent, Paying Agent and the Calculation Agent and their respective initial specified offices are:

Fiscal Agent: Citibank Europe plc
 1 N Wall Quay, North Dock
 Dublin, 1
 Ireland

¹ Under German law, the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by *Deutsche Bundesbank* from time to time, §§ 288 (1), 247 (1) German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch* – "**BGB**"). Under Austrian law, the default rate of interest is four percentage points *per annum* (§§ 1333, 1000 Austrian Civil Code – *Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch* – "**ABGB**"). Regarding monetary claims between entrepreneurs relating to entrepreneurial dealings, the default interest rate in case of a culpable default is 9.2 percentage points *per annum* above the basic rate of interest (§ 456 Austrian Commercial Code (*Unternehmensgesetzbuch* – "**UGB**"), otherwise also the default interest rate of four percentage points *per annum* applies.

Paying Agent: Citibank Europe plc
1 N Wall Quay, North Dock
Dublin, 1
Ireland

The Fiscal Agent shall also act as Calculation Agent.

The Fiscal Agent, the Paying Agent and the Calculation Agent reserve the right at any time to change their respective specified offices to some other specified offices.

(2) *Variation or Termination of Appointment.* The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent or any Paying Agent or the Calculation Agent and to appoint another Fiscal Agent or additional or other Paying Agents or another Calculation Agent. The Issuer shall at all times maintain (i) a Fiscal Agent, (ii) so long as the Notes are listed on the Luxembourg Stock Exchange, a Paying Agent (which may be the Fiscal Agent) which shall be a bank domiciled in the European Economic Area ("EEA") with a specified office in Luxembourg and/or in such other place as may be required by the rules of such stock exchange and (iii) a Calculation Agent. Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in the case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Noteholders in accordance with § 12.

(3) *Agents of the Issuer.* The Fiscal Agent, the Paying Agent and the Calculation Agent act solely as agents of the Issuer and do not have any obligations towards or relationship of agency or trust to any Noteholder.

§ 7 TAXATION

(1) All payments of principal and interest in respect of the Notes shall be made without withholding or deduction for or on account of any present or future taxes or duties of whatever nature imposed or levied by way of deduction or withholding on behalf of the Republic of Austria or any political subdivision or any authority thereof or therein having power to tax unless such withholding or deduction is required by law. In such event, the Issuer shall pay such additional amounts (the "**Additional Amounts**") as shall be necessary in order that the net amounts received by the Noteholders, after such withholding or deduction shall equal the respective amounts of principal and interest which would otherwise have been receivable in the absence of such withholding or deduction; except that no such Additional Amounts shall be payable on account of any taxes or duties which:

- (a) are payable by any person acting as custodian bank or collecting agent on behalf of a Noteholder, or otherwise in any manner which does not constitute a withholding or deduction by the Issuer from payments of principal or interest made by it, or
- (b) are payable by reason of the Noteholder having, or having had, some personal or business connection with the Republic of Austria and not merely by reason of the fact that payments in respect of the Notes are, or for purposes of taxation are deemed to be, derived from sources in, or are secured in the Republic of Austria, or
- (c) are deducted or withheld pursuant to (i) any European Union Directive or Regulation concerning the taxation of interest income, or (ii) any international treaty or understanding relating to such taxation and to which the Republic of Austria or the European Union is a party, or (iii) any provision of law implementing, or complying with, or introduced to conform with, such Directive, Regulation, treaty or understanding, or
- (d) are withheld or deducted by a paying office from a payment if the payment could have been made by another paying office without such withholding or deduction, or
- (e) are payable by reason of a change in law that becomes effective more than 30 days after the relevant payment becomes due, or is duly provided for and notice thereof is published in accordance with § 12, whichever occurs later.

(2) Notwithstanding any other provision in these Terms and Conditions, the Issuer shall be permitted to withhold or deduct any amounts required by the rules of U.S. Internal Revenue Code Sections 1471 through 1474 (or any amended or successor provisions), pursuant to any inter-governmental agreement, or implementing legislation adopted by another jurisdiction in connection with these provisions, or pursuant to any agreement with the IRS ("**FATCA Withholding**"). The Issuer will have no obligation to pay additional amounts or otherwise indemnify a holder for any FATCA Withholding deducted or withheld by the Issuer, any paying agent or any other party as a result of any person other than Issuer or an agent of the Issuer not being entitled to receive payments free of FATCA Withholding.

§ 8
PRESENTATION PERIOD

Presentation Period. The presentation period for Notes due provided in section 801 subparagraph 1, sentence 1 German Civil Code is reduced to ten years.

§ 9
EVENTS OF DEFAULT

The Noteholders do not have a right to demand the early redemption of the Notes.

§ 10
SUBSTITUTION

(1) *Substitution.* The Issuer may, without the consent of the Noteholders, if no payment of principal or interest on any of the Notes is in default, at any time substitute for the Issuer any wholly owned subsidiary of it as principal debtor in respect of all obligations arising from or in connection with the Notes (the "**Substitute Debtor**") provided that:

- (a) the Substitute Debtor is entitled to issue Covered Bonds (*gedeckte Schuldverschreibungen*) pursuant to the Austrian PfandBG and its Articles of Association;
- (b) the Substitute Debtor assumes all obligations of the Issuer in respect of the Notes, including all obligations in relation to the cover pool of assets which cover the Notes pursuant to the Austrian PfandBG and agrees not to alter the Terms and Conditions applicable to any outstanding Covered Bonds (*gedeckte Schuldverschreibungen*);
- (c) the Issuer and the Substitute Debtor have obtained all necessary authorisations and may transfer to the Fiscal Agent in the Specified Currency and without being obligated to deduct or withhold any taxes or other duties of whatever nature levied by the country in which the Substitute Debtor or the Issuer has its domicile or tax residence, all amounts required for the fulfilment of the payment obligations arising under the Notes;
- (d) the Substitute Debtor has agreed to indemnify and hold harmless each Noteholder against any tax, duty or governmental charge imposed on such Noteholder in respect of such substitution; and
- (e) there shall have been delivered to the Fiscal Agent an opinion or opinions of lawyers of recognized standing to the effect that subparagraphs (a), (b), (c) and (d) above hold true or have been satisfied.

(2) *Notice.* Notice of any such substitution shall be published in accordance with § 12.

(3) *Change of References.* In the event of any such substitution, any reference in these Terms and Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substitute Debtor and any reference to the country in which the Issuer is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor.

§ 11
FURTHER ISSUES, REPURCHASES AND CANCELLATION

(1) *Further Issues.* The Issuer may from time to time, without the consent of the Noteholders, subject to availability of the statutory cover, issue further Notes having the same terms and conditions as the Notes in all respects (or in all respects except for the issue date, interest commencement date and/or issue price) so as to form a single Series with the Notes.

(2) *Repurchases.* The Issuer may at any time (i) purchase Notes in the open market or otherwise and at any price and (ii) hold, resell or surrender such purchased Notes to the Fiscal Agent for cancellation. If purchases are made by tender, tenders for such Notes must be made available to all Noteholders of such Notes alike.

(3) *Cancellation.* All Notes redeemed in full shall be cancelled forthwith and may not be reissued or resold.

§ 12 NOTICES

(1) *Publication.* All notices concerning the Notes shall be published on the website of the Issuer under the link: www.bawagpsk.com and on the website of the Luxembourg Stock Exchange, www.luxse.com. If publication on this website is not possible, the notices shall be published in a newspaper having general circulation in Luxembourg.

The Issuer shall also ensure that notices are duly published in compliance with the requirements of each stock exchange on which the Notes are listed. Any notice so given will be deemed to have been validly given on the date of such publication (or, if published more than once, on the date of the first such publication).

(2) *Notification to Clearing System.* The Issuer may, in lieu of the publication set forth in subparagraph (1) above, deliver the relevant notice to the Clearing System, for communication by the Clearing System to the Noteholders, provided that the rules of the stock exchange on which the Notes are listed permit such form of notice. Any such notice shall be deemed to have been given to the Noteholders on the seventh day after the day on which the said notice was given to the Clearing System.

§ 13 AMENDMENT OF THE TERMS AND CONDITIONS, NOTEHOLDERS' REPRESENTATIVE

(1) *Amendment of the Terms and Conditions.* In accordance with the German Act on Debt Securities of 2009, as amended (*Schuldverschreibungsgesetz aus Gesamtemissionen – "SchVG"*) the Noteholders may agree with the Issuer on amendments of the Terms and Conditions with regard to matters permitted by the SchVG by resolution with the majority specified in subparagraph (2). Majority resolutions shall be binding on all Noteholders. Resolutions which do not provide for identical conditions for all Noteholders are void, unless Noteholders who are disadvantaged have expressly consented to their being treated disadvantageously.

(2) *Majority.* Resolutions shall be passed by a majority of at least 75 per cent. of the votes cast. Resolutions relating to amendments of the Terms and Conditions which are not material and which do not relate to the matters listed in § 5 (3) nos. 1 to 9 of the SchVG require a simple majority of the votes cast.

(3) *Resolution of Noteholders.* Resolutions of Noteholders shall be passed at the election of the Issuer by vote taken without a meeting in accordance with § 18 SchVG and §§ 5 et seq. SchVG or in a Noteholders' meeting in accordance with §§ 5 et seq. SchVG.

(4) *Chair of the vote.* The vote will be chaired by a notary appointed by the Issuer or, if the Noteholders' Representative (as defined below) has convened the vote, by the Noteholders' Representative.

(5) *Voting rights.* Each Noteholders participating in any vote shall cast votes in accordance with the nominal amount or the notional share of its entitlement to the outstanding Notes.

(6) *Noteholders' Representative.* The Noteholders may by majority resolution appoint a common representative (the "**Noteholders' Representative**") to exercise the Noteholders' rights on behalf of each Noteholder.

The Noteholders' Representative shall have the duties and powers provided by law or granted by majority resolution of the Noteholders. The Noteholders' Representative shall comply with the instructions of the Noteholders. To the extent that the Noteholders' Representative has been authorised to assert certain rights of the Noteholders, the Noteholders shall not be entitled to assert such rights themselves, unless explicitly provided for in the relevant majority resolution. The Noteholders' Representative shall provide reports to the Noteholders on its activities. The regulations of the SchVG apply with regard to the recall and the other rights and obligations of the Noteholders' Representative.

§ 14 APPLICABLE LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

(1) *Applicable Law.* The Notes, as to form and content, and all rights and obligations of the Noteholders and the Issuer, shall be governed by German law and comply with the Austrian Covered Bond Act (*Bundesgesetz über Pfandbriefe*, Federal Law Gazette I No. 199/2021 as amended – the "**PfandBG**").

(2) *Place of Jurisdiction.* The district court (*Landgericht*) in Frankfurt am Main shall have non-exclusive jurisdiction for any action or other legal proceedings ("**Proceedings**") arising out of or in connection with the Notes.

(3) *Enforcement.* Any Noteholder of Notes may in any Proceedings against the Issuer, or to which such Noteholder and the Issuer are parties, protect and enforce in his own name his rights arising under such Notes on the basis of (i) a statement issued by the Custodian with whom such Noteholder maintains a securities account in respect of the Notes (a) stating the full name and address of the Noteholder, (b) specifying the aggregate principal amount of Notes credited to such securities account on the date of such statement and (c) confirming that the Custodian has given written notice to the Clearing System containing the information pursuant to (a) and (b) and (ii) a copy of the Note in global form certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depository of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the global note representing the Notes. For purposes of the foregoing, "**Custodian**" means any bank or other financial institution of recognized standing authorised to engage in securities custody business with which the Noteholder maintains a securities account in respect of the Notes and includes the Clearing System. Each Noteholder may, without prejudice to the foregoing, protect and enforce his rights under the Notes also in any other way which is admitted in Proceedings in the country in which the Proceedings take place.

(4) *Exclusion of the Applicability of the Austrian Notes Trustee Act.* To the extent legally permissible, the applicability of the provisions of the Austrian Notes Trustee Act (*Kuratorenengesetz*) and the Austrian Notes Trustee Supplementation Act (*Kuratorenenergänzungsgesetz*) is explicitly excluded in relation to the Notes.

§ 15 LANGUAGE

These Terms and Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

* * *

PART II – ADDITIONAL INFORMATION
Teil II.: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

A. Essential information
Grundlegende Angaben

Interests of natural and legal persons involved in the issue/offer
Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind

- So far as the Issuer is aware, no person involved in the offer of the Notes has an interest material to the offer, except that certain Dealers and their affiliates may be customers of, and borrowers from the Issuer and its affiliates. In addition, certain Dealers and their affiliates have engaged, and may in the future engage, in investment banking and/or commercial banking transactions with, and may perform services for the Issuer and its affiliates in the ordinary course of business.

Nach Kenntnis der Emittentin bestehen bei den an der Emission beteiligten Personen keine Interessen, die für das Angebot bedeutsam sind, außer, dass bestimmte Platzeure und mit ihnen verbundene Unternehmen Kunden von und Kreditnehmer der Emittentin und mit ihr verbundener Unternehmen sein können. Außerdem sind bestimmte Platzeure an Investment Banking Transaktionen und/oder Commercial Banking Transaktionen mit der Emittentin beteiligt, oder könnten sich in Zukunft daran beteiligen, und könnten im gewöhnlichen Geschäftsverkehr Dienstleistungen für die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen erbringen.

Use of Proceeds
Zweckbestimmung der Erträge

Estimated net proceeds	EUR 742,740,000.00
Geschätzter Nettobetrag der Erträge	EUR 742.740.000,00

Eurosystem eligibility
EZB-Fähigkeit

New Global Note	Yes
<i>New Global Note</i>	<i>Ja</i>
Intended to be held in a manner which would allow Eurosystem eligibility	Yes
<i>Soll in EZB-fähiger Weise gehalten werden</i>	<i>Ja</i>

Note that the designation "yes" simply means that the Notes are intended upon issue to be deposited with one of the ICSDs as common safekeeper, and does not necessarily mean that the Notes will be recognized as eligible collateral for Eurosystem monetary policy and intra day credit operations by the Eurosystem either upon issue or at any or all times during their life. Such recognition will depend

upon the ECB being satisfied that Eurosystem eligibility criteria have been met.

Es ist zu beachten, dass die Bestimmung "Ja" lediglich bedeutet, dass die Schuldverschreibungen nach Begebung bei einer der ICSDs als gemeinsamer Verwahrer hinterlegt werden sollen, und es bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Schuldverschreibungen als geeignete Sicherheit im Sinne der Währungspolitik des Eurosystems und der taggleichen Überziehungen (intra-day credit operations) des Eurosystems entweder nach Begebung oder zu einem Zeitpunkt während ihrer Existenz anerkannt werden. Eine solche Anerkennung wird vom Urteil der EZB abhängen, dass die Eurosystemfähigkeitskriterien erfüllt werden.

Prohibition of Sales to EEA Retail Investors
Verbot des Verkaufs an Privatanleger im Europäischen Wirtschaftsraum

Not applicable.
Nicht anwendbar.

Prohibition of Sales to UK Retail Investors
Verbot des Verkaufs an Privatanleger im Vereinigten Königreich

Not applicable.
Nicht anwendbar.

B. Information concerning the securities to be offered /admitted to trading
Informationen über die anzubietenden bzw. zum Handel zuzulassenden Wertpapiere

Securities Identification Numbers
Wertpapier-Kenn-Nummern

Common Code
Common Code

277306867
277306867

ISIN Code
ISIN Code

XS2773068676
XS2773068676

German Securities Code
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)

A3LU3L
A3LU3L

Yield
Rendite

3.238 per cent. *per annum*. This yield is calculated at the Issue Date on the basis of the Issue Price assuming a redemption on the Maturity Date.
3,238 % *per annum*.
Diese Rendite ist berechnet am Tag der Begebung auf Basis des Ausgabepreises unter Annahme einer Rückzahlung zum Fälligkeitstag.

Resolutions, authorisations and approvals by virtue of which the Notes have been issued
Beschlüsse, Ermächtigungen und Genehmigungen, welche die Grundlage für die Emission der Schuldverschreibungen bilden

Resolution of the management board (Vorstand) of the Issuer dated 13 December 2023, decision by the chief financial officer/member of the management board (Vorstand) of the Issuer dated

20 February 2024 as well as resolution of the supervisory board (*Aufsichtsrat*) of the Issuer dated 5 December 2023.

Beschluss des Vorstands der Emittentin vom 13. Dezember 2023, Entscheidung des Chief Financial Officer/Mitglied des Vorstands der Emittentin vom 20. Februar 2024 sowie Beschluss des Aufsichtsrats der Emittentin vom 5. Dezember 2023.

C. Terms and conditions of the offer of Notes to the public
Bedingungen und Konditionen des öffentlichen Angebots von Schuldverschreibungen Not applicable.
Nicht anwendbar.

D. Listing and admission to trading
Börsenzulassung und Notierungsaufnahme Yes
Ja

Regulated Market and Official List of the Luxembourg Stock Exchange
Regulierter Markt und amtliches Kursblatt der Luxemburger Wertpapierbörse

Date of admission
Datum der Zulassung 27 February 2024
27. Februar 2024

Estimate of the total expenses related to admission to trading
Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum Handel EUR 5,150
EUR 5.150

Issue Price
Emissionspreis 99.302 per cent.
99,302 %

E. Additional Information
Zusätzliche Informationen

Rating
Rating The Notes are expected to be rated
Aaa by Moody's Deutschland
GmbH on or about the Issue
Date.

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich am oder um den Tag der Begebung das Rating Aaa von Moody's Deutschland GmbH erhalten.

Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") is established in the European Community and is registered pursuant to Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies, amended by Regulation (EC) No 513/2011 of the European Parliament and of the Council of 11 March 2011, (the "**CRA Regulation**"). The European Securities and Markets Authority ("**ESMA**") publishes on its website (<https://www.esma.europa.eu/supervision/credit-rating-agencies/risk>) a list of credit rating agencies registered in accordance with the CRA Regulation. That list is updated within five working days following the adoption of a decision under Article 16, 17 or 20 CRA Regulation. The European Commission shall publish that updated list in the Official Journal of the European Union within 30 days following such update.

*Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's**") hat ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und ist gemäß Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch Verordnung (EU) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011, (die "**Ratingagentur-Verordnung**") registriert. Die Europäische Wertpapier und Marktaufsichtsbehörde ("**ESMA**") veröffentlicht auf ihrer Webseite (<https://www.esma.europa.eu/supervision/credit-rating-agencies/risk>) ein Verzeichnis der nach der Ratingagentur-Verordnung registrierten Ratingagenturen. Dieses Verzeichnis wird innerhalb von fünf Werktagen nach Annahme eines Beschlusses gemäß Artikel 16, 17 oder 20 der Ratingagentur-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht das aktualisierte Verzeichnis im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach der Aktualisierung.*

Moody's defines its ratings as follows:

Aaa: Obligations rated "Aaa" are judged to be of the highest quality, subject to the lowest level of credit risk.

Rating categories defined by Moody's rank from "Aaa" (highest category) to "C" (lowest category).

Moody's definiert ihre Ratings wie folgt:

Aaa: "Aaa" geratete Verbindlichkeiten werden als von höchster Qualität eingestuft und bergen das geringste Maß an Kreditrisiko.

Von Moody's definierte Ratingkategorien reichen von "Aaa" (höchste Kategorie) bis "C" (unterste Kategorie).

F. Consent to use the Base Prospectus
Einwilligung zur Nutzung des Prospekts

Not applicable.

Nicht anwendbar.

BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft
(as Issuer)
(als Emittentin)
